



**global news 3524 14-10-16: CETA: Wie man die Demokratie
abräumt**



Das sogenannte "Freihandelshandels-Abkommen" CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) der EU mit Kanada hat nichts mit Freiheit zu tun, allenfalls mit der Freiheit der Multis, ihre Interessen außerhalb der normalen Justiz durchzusetzen und Regeln der Daseinsfürsorge auszuhebeln. Gabriel hatte es mit CETA besonders eilig und setzte das Abkommen zunächst ziemlich brutal in seiner eigenen Partei durch. Dabei hat er, da CETA als Vorläufer für ein ähnliches und noch gefährlicheres Abkommen mit den USA (TTIP) gilt, letzteres Abkommen für unwahrscheinlich erklärt, obwohl er natürlich auch dieses eines Tages durchsetzen will. Die Teufelsschüler einer neoliberalen Globalisierung können auf Druck der Konzerne nun mal nicht von ihrem Handwerk lassen. Die Kohl'sche Formel "Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter" gilt hier auch für Gabriel.

Auffallend ist, mit welcher Eile CETA betrieben wird. Es soll schon vorläufig in Kraft treten, noch bevor alle Parlamente der EU zugestimmt haben. Hier zählen für Gabriel und natürlich Merkel, die immer noch an TTIP hängt, vollendete Tatsachen. Man will nicht warten, bis die bevorstehenden Wahlen in Frankreich und auch in Deutschland CETA zum Thema machen und dann neue Parlamentsmehrheiten das Abkommen ablehnen. Gabriel will für die Bundesregierung im EU-Ministerrat einer vorläufigen Anwendung von CETA zustimmen. Schon das verrät, wie undemokratisch EU-Kommission und Bundesregierung bei CETA verfahren.

Gegen diese Eile richtete sich mit mehr als 200.000 Klägern die größte Bürgerklage vor dem Bundesverfassungsgericht in der Geschichte der Bundesrepublik. Leider waren die Eilanträge vergeblich, auch wenn das Gericht von der Bundesregierung verlangt, sicherzustellen, daß Deutschland wieder aussteigen kann, falls die spätere Hauptsachenentscheidung des Gerichts dies nötig machen sollte. Doch für einen solchen Ausstieg wird das Gericht, wie schon in früheren EU-relevanten Entscheidungen, nicht den Mut haben. Längst hat es aufgegeben, die Bürger wirklich in ihren Rechten zu schützen, wenn sie auf dem europäischen Altar geopfert werden.

Dabei kommt CETA als Wolf im Schafspelz daher. Es kann nämlich später durch ein Lenkungsgremium von EU-Kommission und kanadischer Regierung an allen Parlamenten vorbei geändert oder verbindlich interpretiert werden. Die Gefahren von CETA lassen sich hier nicht alle auflisten. Es ist jedenfalls der erste Handelsvertrag der EU, der Investitionsgerichte vorsieht. Vor diesen können ausländische Investoren die Vertragsstaaten in einer Paralleljustiz verklagen, wenn sie ihre zukünftigen Profiterwartungen durch Gesetzgebungen eingeschränkt sehen. Zugleich wird der Spielraum für eine Gesetzgebung zugunsten des Gemeinwohls erheblich eingeschränkt. Profitieren werden auch viele der größten US-Firmen, weil sie in Kanada Niederlassungen unterhalten und damit auch ohne TTIP ihre Forderungen durch die kanadische Hintertür durchsetzen können.

CETA sieht als Paralleljustiz ein öffentlich legitimes Investitionsgericht mit von den Vertragsparteien ernannten Richtern und eine Berufungsinstanz vor. Was das bedeutet, zeigt das am 10. Oktober vor einem Schiedsgericht in USA eröffnete Verfahren des schwedischen Energieunternehmens Vattenfall gegen die Bundesrepublik Deutschland. Vattenfall fühlt sich durch den deutschen Atomausstieg enteignet und verlangt von Deutschland nicht weniger als 4,7 Milliarden Euro. Das ist ein horrendes Betrag, mit dem sich Vattenfall über Entscheidungen eines demokratisch gewählten Parlaments hinwegsetzen würde. Auch die Gerichtskosten dieses schon lange andauernden Streits werden auf 9 Mio. Euro geschätzt. Zwar hat Vattenfall auch vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den deutschen Staat geklagt, räumt aber dieser Beschwerde kaum Erfolgchancen ein, da das Gericht bisher nur enteigneten Privatbürgern schützenswerte Grundrechte einräumt, nicht aber einem Unternehmen, zumal wenn es sich - wie Vattenfall - im Eigentum eines ausländischen Staates befindet. Und so versucht es Vattenfall mit der Paralleljustiz.

Zu allem Überfluß wird CETA völkerrechtlich bindend sein und sich kaum mehr zurücknehmen lassen. Die berüchtigte "Zombieklausel" in Kapitel 30 sieht für den unwahrscheinlichen Fall einer Kündigung des Vertrags vor, dass die Klagerechte für Investoren noch weitere 20 Jahre erhalten bleiben. Darüber hinaus ist CETA als ein "lebendes Abkommen" konzipiert. Ein "Forum für die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen" aus nicht-gewählten Beamten soll laufende oder zu erwartende Regulierungsvorhaben daraufhin prüfen, ob sie Handelsinteressen beeinträchtigen könnten. Durch die vertraglich vorgesehene Einladung von Interessenvertretern können angeblich "handelsverzerrende" Gesetzesvorhaben verzögert oder aus dem Verkehr gezogen werden, noch bevor Parlamente und Öffentlichkeit sich damit auseinandergesetzt haben.

Fazit: Die neoliberalen Globalisierer haben längst noch nicht aufgegeben und scheren sich um die wachsenden Proteste der Bürger Europas verdammt wenig. Am Ende wird CETA noch zum Bumerang für TTIP

werden. Die neoliberale Karawane wird so lange weiterziehen, bis die Bürger am eigenen Leibe die Folgen spüren und die gegen ihre Interessen handelnden Politiker, wie Gabriel, an der Wahlurne abstrafen. Merken Gabriel und Co. nicht, daß sie rechtsnationalen Kräften den Boden bereiten? Mit wie viel Blindheit ist diese Gattung von Sozialdemokratie geschlagen?

* * * * *

P.S.: Bitte Rundbrief [hier](#) bewerten (eine für mich wichtige Orientierungshilfe).